

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 50 Halbpennig monatlich, wöchentlich 10 Halbpennig. — Abbestellungen nehmen alle postfähigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einmalige, längere Dauer und Veränderte Adressen sind dem Verlag für die Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Einzelhefte: Für die schlagendsten Mitteilungen 10 Halbpennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Druckerei: Druckerei des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 23

Halle (S.), 5. Juni 1926

2. Jahrgang

Die Weltkrise des Parlamentarismus.

Das bolschewistische System — Der Faschismus — Die Diktatur Primo de la Rivera — Die Kämpfe des Kabinetts Briand — Ein Rück nach rechts — Die verantwortungsloschen Sozialisten — Der Staatsstreich Pilsudskis — Abgelehnte Wahl — Die Berliner Handelsvertragsverhandlungen — Englands Kohlenkrise — Nachwahlen — Der Volksentscheid — Die Reden in Mecklenburg — Einladung oder Trennungstreich — Um Locarno? — Flaggenkompromiß oder Volksentscheid? — Erst auf dem Wege zur Nation.

Es hat keinen Zweck, vor einer Tatsache die Augen zu verschließen, die bedrohlich genug vor uns steht und vielleicht in den nächsten Jahren sich als überaus große Kraft erweist. Was heute das alte Europa so stark erschüttert, ist die Krise des Parlamentarismus, die vielleicht eine Folge des Krieges und der allgemeinen Unsicherheit ist, vielleicht aber ihre Ursachen auch im Niedergang der Verfassungen findet. Die Krise selbst läßt sich nicht gut bezeichnen, denn wohin man den Blick wendet, begegnet man ihr, wenn auch in wechselnder Form. Der erste Staat, der zu einem neuen System überging, war Rußland, und wenn auch der Zustand, der sich dort herausgebildet hat, alles andere als ideal ist, so überrascht doch die Festigkeit des bolschewistischen Regimes, das nun schon 9 Jahre ununterbrochen herrscht. Man kann es nicht mit einer Handbewegung abtun und sagen, das liege an der geringen politischen Durchbildung eines Volkes, das Jahrhunderte hindurch demütigt vom Janje Romanow und den Volkhetzen seines Willens in Untertan und Anschickhaft erhalten wurde.

In Italien hat sich ja etwas ganz ähnliches vollzogen, wenn auch mit einem anderen Vorzeichen. Dort hat der Faschismus als Gegenströmung gegen erste bolschewistische Ansätze die Herrschaft an sich gerissen und hält sie noch jetzt nach 3 Jahren fast unbedrängten in harten Händen. Auch hier die Diktatur eines Gemaltes, die es kein Aufwachen gibt, weil richtigerweise Gewalt die wenigen Widerstrebenden niedergeworfen und die öffentliche Meinung mundtot gemacht hat. Aber mit dem Wort Diktatur läßt sich allein diese Entwicklung nicht erklären. Auch die Gewalt findet ihre Begrenzung, wenn nicht die Nation sich hier willens fügt. Und das ist das Entscheidende. Vielleicht von England abgesehen war der Parlamentarismus nirgends so entwickelt, wie auf der Apenninhalbinsel, und doch ging es ruhmlos dahin, fast ohn zu flagen. Das Königtum blieb weiter im Dunkel. An die Stelle der Kammer trat lediglich ein einzelner Mann, dem die Massen sich fast blind unterwerfen.

In Spanien ist der gleiche Verlauf, wenn auch erheblich schwächer gelungen. Noch immer regiert Primo de la Rivera und jede Aufhebung ist bisher wenigstens blutig niedergeworfen worden. In Portugal wechselte die Diktatur. Bernardo Machado hat jetzt vor einer neuen Revolution abgedankt. Es ist kaum mehr als ein Austausch von Personen, ein Wandel des Systems ist kaum dabei verbunden. Wo noch ein Parlament besteht, ganz gleich unter welchem Namen, ist es zu einem gefügigen Werkzeug geworden, das sich nicht einmal mehr die Mühe gibt, so etwa wie eine eigene Meinung zu bekunden. Romanen und Slaven sind es, die die Abkehr von dem verfassungsmäßigen Leben vollzogen haben.

Romanen wie die Franzosen sind auf dem besten Wege, diesem Beispiel zu folgen. Der Kampf, den jetzt Briand führt, ist nur durch die große Persönlichkeit eines überaus großen Staatsmannes bisher siegreich geblieben. Niemand aber kann mit Bestimmtheit voraussetzen, was eintritt, wenn dieses Kabinett, das ständig bedröht ist, untergehen sollte. Es hat in diesen Tagen seinen Kurs geändert und das Andenken führt sich mit ihm abfinden. Die Verhältnisse sind so stark an die Verhältnisse angepaßt, daß man unwillkürlich zu einem Vergleich herausgefordert wird. Auch in Paris schranken die Sozialisten zwischen Agitation und dem Bekanntnis zu positiver Arbeit. Diese Einstellung, die nichts gefährliches an sich hat, ist der Krebsknoten jeder parlamentarischen Tätigkeit. Die Radikalsozialisten Herriots werden dabei zerrissen. Sie sind eine bürgerliche Partei in unserem Sinne, die die Führung nach links nicht aufgeben will, und nun in dem Dilemma sich dauernd spaltet. Nicht das Problem, das im Vordergrund steht, und das kaum lösbar ist, wirkt so bedenklich. Andere Länder haben sich mit ihm abfinden müssen und Frankreich ist reich genug, um seine Finanznot mit Würde zu tragen. Aber die parlamentarische Zerlegung läßt jede Entschlußkraft und macht die Erörterungen zu einem unerschöpflichen Spiel um den Einfluß der gerade dadurch am schnellsten entschwindet. Aus Zwang hat Briand die Hilfe der Rechten angenommen und so sich eine ausreichende Mehrheit geschaffen, aber sie gilt nur für die innere Politik, während mit ihr der Geist von Locarno kaum durchführbar ist. Und da gewinnt dieses Spiel für uns und für Europa seine besondere Bedeutung.

Und nun die Slaven. Von dem kleineren, von Griechenland und Bulgarien braucht man nicht zu sprechen. Immer sie sind die Herde der Unruhe geworden. Ihr Staatsgebilde ist noch so schwach gestiftet, daß es bei jedem Sturm auseinanderzubröckeln droht. Aber auch die Vormacht Polen ist in diesen Tagen, bis an den Rand des Abgrundes gedrängt worden. Die Macht der Rechten, deren unumschränkter Nationalismus die Minderheiten namentlich die Deutschen zu spüren bekamen, hat dem Lande so wenig geholfen, wie Frankreich seine Einkreisung. Der Staatsstreich Pilsudskis wurde zu einer Notwendigkeit, und die einzige Überbrückung war die Leichtigkeit, mit der er das Kabinett Witos und seine militärischen Stütze zerbrach. Hier war es ja selbst, daß die sozialistischen Massen vereint mit einem Teil der Armee dem Staatsstreich jubelten. Ein Rufschrei nach links, aber durch das Heer ausgeführt. Inzwischen hat man nach legalen Formen gesucht. Der Marschall lehnte die mit knapper Mehrheit auf ihn entfallende Wahl zum Staatspräsidenten ab. Seiner Ueberzeugungslust gelang es, den Professor Moscicki an seine Stelle zu setzen.

Es ist unter Nachbarschaft und dringendes deutsches Interesse fahrd, daß sich die Zustände wenigstens zunächst einmal konsolidieren. Daß wir weiterdenken, wird uns niemand verargen, aber die Gegenwart fordert, daß Polen, solange es besteht, kein Herd der Unruhe für die Grenzen, die ihm jetzt gesperrt sind, weil selbstständig die Warschauer Regierung einen Zollkrieg zum Zaun gebrochen hat. Die in Berlin aufgenommenen Handelsvertrags-Verhandlungen dürften durch den Wechsel in Warschau gewinnen, denn Polen ist auf nachbarschaftliche Beziehungen zu uns angewiesen und hat zu seinem Schaden erfahren, daß man sich nicht ungerne feindlich gegen uns stellt. Es hat auch vor dem Hunger Schiedsgericht eine schwere Niederlage erlitten. Die Entgegnung der deutschen Anteile an den Choropfer Stiefelwerken ist für rechtungsmäßig erklärt worden. Ein sonderbarer Zufall will, daß gerade in demselben Augenblick der Leiter dieses Industrieunternehmens polnisches Staatsoberhaupt geworden ist.

Auch in England, der Heimat des Parlamentarismus, sind die Verhältnisse nicht mehr die alten. Wohl hat Baldwin den Generalstreik niedergeschlagen, zumal er, konservativ und industriell, als nach deutschem Vorbild ferner der gegebene Schlichter, immer starkes soziales Empfinden verraten hat, aber der Kohlenstreik geht weiter. Das Ultimatum der Regierung, das eine erneute Subvention vorschlag, hat keine Beantwortung gefunden. Aus dem Unterhaufe ist der Kampf auf die Straße verlagert worden, und die Volksstimmung beweist, daß die Führer der Arbeiterpartei nicht falsch spekuliert haben. Nachwahlen brachten ihnen beträchtliche Erfolge, das alte System, mit dem England Jahrhunderte hindurch über seine Insel hinaus herrschend gewesen ist, bröckelt bedenklich, und einschichtige Briten fragen sich, ob nicht die Entwicklung ungeahnte Wege nimmt.

Das ist ein germanisches Land und auch nicht mehr so parlamentarisch wie in der Vergangenheit. Wir selbst aber stehen gleichfalls mitten in einer Krise, deren Ausgang niemand vorausbestimmen kann. Nur eines steht nicht in erschöpfender Klarheit, daß unsere Verhältnisse nicht in sich gestiftet sind. Schon der Volksentscheid würt an die Wurzeln des Staates. Siegt er, so wird eine Umgruppierung notwendig werden, zumal der Kanzler der Auffassung ist, daß dann eine Auflösung des Reichstages unvermeidlich wird. Der Ausgang ist ungewiß, ist es in jeder Hinsicht. Möglich, ja wahrscheinlich, daß sich die Länderregierungen nicht mit dem Abstimmungsresultat begnügen, sondern versuchen werden, auf dem Wege über den Staatsgerichtshof diese Entscheidung anzukämpfen, weil der dann entgegnete Besitz ja nicht zweifellos fürstlich ist, sondern gerade von den Ländern den ehemaligen Herrschern bestritten wird. Dann haben wir auch mit einer Präsidentenkrise zu rechnen. Es ist zweifellos, diese Gefahr verschleiern zu wollen, sie besteht, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß.

Untertlief aber der Volksentscheid, so wird das Drängen namentlich der Volkspartei nach rechts erhöhte Bedeutung gewinnen. In diesen Reihen kämpfen nachhafte Politiker, denen das Wesen des Liberalismus von jeher fremd gewesen und die ihre geistige Heimat eigentlich im

mer bei den Deutschnationalen oder besser gesagt, bei den Freikorpsverbänden gehabt haben. Noch ist der Kampf um Weimar, wenn man ihn so nennen will, nicht ausgefochten. Lange genug fündigt er sich an, und der aufmerksame Beobachter verzichtet stets neue Anzeichen dieses Ringens, das früher oder später einmal zu einer Parlamentsrevolution oder einer Spaltung führen muß.

Gerade unter diesen Umständen waren die Reden im mecklenburgischen Wahlkampf besonders bemerkenswert. Graf Weizsäcker hat sich für die Freiheit und die Freiheit der Freiheit ausgesprochen und wollte die Freiheit der Freiheit ausgesprochen. In Weizsäcker war er gerade außenpolitisch unangreifbar. Von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten stand ein geschlossener Block hinter ihm. Herr Dr. Stresemann gab in Potsdam die Antwort. In die Regierung darf nur hinein, war Locarno und Genf anerkannt, was das ein Trennungstreich nach rechts oder eine Aufforderung? Es ist viel darüber geschrieben worden. Die Wahrheit liegt zwischen beiden. Es war ein Streich, gegen Weizsäcker selbst gezogen, aber eine Aufforderung an jene Kräfte, die seit langem ruhmlos und unter Opferung der eigenen außenpolitischen Gedanken die Brücke zur Mitte schlagen wollten. War es eine Einladung an die Sozialdemokraten? Auch das ist behauptet worden. Raum anzunehmen, denn die Voraussetzung für eine Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung ist seit jeher gegeben. Sie waren Beauftragter von Locarno ehe es ein Locarno gab. Hier trennen innerpolitisch sich die Wege. Wie ihre französischen Genossen haben sie die Übernahme der Verantwortung mit einem eigenen Blick auf die Kommunisten gemieden. Weizsäcker kommt nach dem Volksentscheid eine neue Zeit, die neue Entscheidung nötig macht.

Und zu allem Ueberflus steht noch die Flaggenfrage unternommen zwischen den Parteien. Alle Kompromißvorschlüsse werden entweder von rechts oder links von beiden verwerfen, als ob man mit der Elle in der Hand Jugendschlüsse nach der einen oder anderen Richtung abweisen könnte. Für einen Volksentscheid auch in dieser Frage wird Stimmung gemacht. Ein aussichtsloses Beginnen, mit dem nichts erreicht werden kann, denn niemals wird der Unterlegene die eigene Flagge streichen. Sie weht weiter und zeigt die Zweckmäßigkeit deutschen Wesens, zeigt, daß wir auf dem Wege zu einer Nation erst wenige Schritte zurückgelegt haben. Richard Wan.

Das Reichsbanner und die Demokratie.

Von Major a. D. Hauff-Rathenow, Mitglied des Bundesvorstandes des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“.

Die Volksgemeinschaft ist ein Ideal, dem alle aufbauenden Kräfte unseres Volkes zutreiben müssen. Niemand kann sie werden unter Führung jener Kräfte, deren Blinde rüdwärts gerichtet sind, und die ihre Nahrung aus dem Imperialismus, dem Völkern und Prahlen früherer Zeiten ziehen, oder die das Volkswohl in der Erfüllung eines — doch auch in Rußland wieder verlassenen — vertiegenen Sozialismus erblicken. Aber ohne die Massen, die den heutigen Staat bejahen, geht es nicht; so bleiben dem Verzuge von Minderheiten, zu einer Volksgemeinschaft unter ihrer Führung zu gelangen, eitel Phrasen. Es ruht für lange Zeit das so vernünftige Ideal unserer Volksgemeinschaft auf den Volkshingstigen, die sich abwärts halten wollen von den Ueberparungen des Nationalismus und des noch nicht in unsere Welt fallenden Kommunismus, sofern dieser überhaupt dem Fortschritt der Kultur zu dienen vermag.

Die Schichten des schaffenden, auf sein Wirken stolzen, sogenannten „Bürgers“ und des ebenjo Werte schaffenden „Arbeiters“ bleiben die staatserschaffenden Faktoren und sind, wie in aller Zeit, die unerlöschlichen Quellen des Deutschtums, wie die lange Kette bedeutender Menschen, die Deutschland der Welt schenkte, beweist. Viele der Großen unseres Volkes waren „armer Leute Kind“, ein Beweis, wie hart der Aufschwung aus dem Arbeiterstand frömt, eine Tatsache, die jedem Staatsbürger zu denken geben sollte, wenn er nach politischer Orientierung strebt. „Bürger“ und „Arbeiter“ — beides sind wir alle — in einer, man möchte sagen Spitzen-Organisation zusammengefaßt zu sehen, müßte uns nicht nur mit

höchster Befriedigung erfüllen, sondern auch zur Mitarbeit begeistern.

Wir haben eine solche Organisation im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, die uns erfordern, als eine wirklich gefährliche Welle die heutige Staatsordnung, die Republik, zu verschlingen droht. Die Aufgabe, unsere Republik zu schützen und unter schwer genug geprüften Volk vor Erschütterungen zu bewahren erfüllen mit den republikanischen Parteien die Millionen des „Reichsbanners“, die flieht in dem, wie die Engländer in der Kriegszeit von ihrer Flotte sagten, nur durch Vorhandensein herrschen, ohne zu kämpfen.

Jede Bewegung, die in ihrem Wesen das Gemeinsame betont und das Trennende zurückstellt, führt uns, sofern sie Massen führt, einer Volksgemeinschaft näher. Das „Reichsbanner“ verlangt in seinen Satzungen nur, daß seine Mitglieder „unbedingt und vorbehaltlos auf dem Boden der Republik stehen, während „Erörterungen parteipolitisch und religiöser Fragen ausgeschlossen“ sind. Man soll auch nicht annehmen, daß sich das „Reichsbanner“ berechtigt zu einer Partei ausweicht, eine solche Partei würde sehr bald ihre Flügel wieder abspalten, wohl aber wäre eine festere Bindung der republikanischen Parteien für eine Reihe von Gemeinschaften wohl denkbar und im Interesse einer dadurch ausgeglicheneren ruhigeren Politik durchaus erfreulich.

Wie steht es nun mit der Beteiligung des „Arbeiters“ und „Bürgers“, sofern er in politischen Parteien organisiert ist, die für die „Reichsbanner“-Bewegung in Frage kommen? Auf Seiten der Sozialdemokratie mögen es viele nicht verstehen, daß man sich mit Unternehmern, Intellektuellen, sogar mit Trägern langweiliger Namen an einen Tisch setzt; solche Leute sind von einer Volksgemeinschaft noch sehr weit ab. Im Zentrum steht man sich vielleicht noch an der teilweise stark hervorgetretenen Kirchenfeindschaft der Vorkriegs-Sozialdemokratie, hier bedarf es nur der Erkenntnis in der Wandlung der Dinge. Unter den Anhängern der Deutschen Demokratischen Partei hält man sich manchmal teils aus Rücksicht auf den Käuferkreis, von dem man als Kleinhändler oder Handwerker abzuhängen glaubt, vom Bekennen zu einer sympatrischen Bewegung fern, teils fürchtet man den gesellschaftlichen Boykott, der eine Hauptwaffe der nationalistischen Kreise ist.

Es ist dem republikanischen Gedanken abträglich, wenn das „Bürgerturn“ bei Veranstaltungen des „Reichsbanners“ zu wenig von den Demokraten fehlt.

Es ist verwirrend, wenn man die Anhänger der SPD, in die Anschauung versetzt, sie seien doch nur auf sich allein angewiesen.

Es ist nicht tadeln, wenn man sich scheut, sich unter den alten Farben Schwarz-Rot-Gold zu versammeln, und wenn man durch Abwesenheit glänzt, wenn es heißt, in Massen zu erscheinen.

Es ist hochfahrend, wenn man etwas der Ansicht ist, das „Reichsbanner“ sei etwas für das „Volk“, man selbst sei zu klein hierfür.

Es ist unklar, wenn man in Elternhaus und Schule eine bessere Bildung — doch unerdient und zufällig — hatte gemessen dürfen, sich der notwendigen Mitteilung an andere Volksgenossen zu entziehen, deren Jugend weniger glücklich verlief.

Man erzwingt mehr Achtung vor den Anhängern der Schwarz-weiß-roten Couleur, wenn man sich rüchellos zum Banner unserer Republik bekennt, zu einem Gedanken, dem die besten Köpfe unserer Zeit huldigen. — Kurz, wer von der Volksgemeinschaft mit Volk im Gegensatz zu jenen anderen Verleumdern ohne Volk, spricht, der handelt auch so. Erfolg und frei den Kopf hoch als Republikaner, man blide auf alle jene, die nicht der gesellschaftliche Boykott in die Kniee zwang, von Erlernen zum Bekennen, ein jeder Demokrat ein Apollon der jungen Republik! Unter der Schwarz-weiß-roten Fahne des fünfzigjährigen Kaiserreiches hatten wir zwar einen starken Aufschwung genommen, andererseits aber sanken wir tief unter diesen gleichen Farben infolge Ueberanstrengung und Anzulänglichkeiten und erleben einen Niedergang, dem der von Cartago gleichstehend; unter der roten Fahne von Nola Luxemburg und Karl Liebknecht erfüllte uns das Chaos; aber unter dem altdeutschen Banner Schwarz-Rot-Gold vollzieht sich der Wiederaufstieg unseres Vaterlandes vor den Augen der hierüber noch mehr als über unsere Weststaaten launenden Welt.

Der große Mann ist seiner Zeit voraus, der Kluge folgt ihm gern auf allen Wegen. Seiner Zeit voraus zu sein, kann man nur von dem Großen erwarten, Verstehen und Erlernen indes verlangt man von demtenden Staatsbürger mit Recht.

Was Du tust, das tue ganz! Heraus, Jungmannschaft der Demokraten, herein in das „Reichsbanner“! Das Banner entrollt, es lebe „Schwarz-Rot-Gold“!

Neue Disziplinarstrafordnung für das Reichsheer.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat in formaler Angliederung an das neue Militärstrafgesetzbuch eine neue Disziplinarverordnung für das Reichsheer erlassen.

Am Gegensatz zu früher gibt es jetzt keinerlei Disziplinarvergehen mehr, sondern es gibt nur noch gerichtliche Vergehen und Disziplinarverletzungen. Der Militärstrafrecht ist gemäß einem Beschluß des Reichstages in verfahrensrechtlich umgewandelt. Eine weitere Veränderung ist dahin getroffen worden, daß der Höchstbetrag der verhängten Geldstrafen von ein Viertel auf ein Viertel des Monatsgehältes erhöht worden ist. Gegen unterbezahlte Mannschaften ist Bestrafungsverwaltung als selbständige oder als Nebenstrafe eingeführt. Eine sol-

che Regelung war notwendig geworden, da die Reichsheerangehörigen auch als Beamte am Monatsende ihre Gehälter ausgezahlt erhalten. Für den Fall, daß die vierzehntägliche Gehaltszahlung für die Beamten über kurz oder lang eingeführt wird, ist eine solche Bestimmung noch dringlicher als jetzt.

Nur disziplinarisch bestraft werden folgende Verletzungen: Urlaubsberechtigungen, Selbstbefreiung als Gefangener, Achtungsverletzung, Beleidigung eines Vorgesetzten, üble Nachrede oder Verleumdung, Ungehörigkeit, ausdrückliche Gehorsamsverweigerung, Annahme von Geschenken von Untergebenen, Vorgehen von Geld, vorschriftswidrige Behandlung Vorgesetzter und rechtswidrige Beschädigung eines Dienstgegenstandes, unrichtige Ausstellung eines Dienstzeugnisses, Verlassen der Wache, Trunkenheit im Dienst.

Nur noch gerichtlich werden bestraft: 1. Annahmehaltung einer Befehlsbefugnis oder Strafgewalt. 2. Körperliche Beleidigung eines anderen Menschen durch unvorsichtige Behandlung von Waffen und Munition. 3. Boshaftes Quälen eines Untergebenen durch unnötige Erschwerung des Dienstes.

Der dritte Punkt ist besonders bedeutsam; diese Formulierung ist gefunden, um eine bestimmte Form der Soldatenniedertracht einzuführen.

Nach der Disziplinarverordnung können an Disziplinarstrafen verhängt werden: gegen Offiziere einfache und strenge Verweise, Geldstrafen bis zu einem Viertel

Deutsche Demokratische Partei Magdeburg.



spricht am



vormittags 11 Uhr in der **Freundschaft**
Prälantenstraße 32.

Zu dieser Versammlung laden wir Sie freundlichst ein.

des monatlichen Dienstkontommens und Stubenarrest bis zu vier Wochen; gegen Unteroffiziere mit Portepee können dieselben Strafen verhängt werden, nur kann für den Stubenarrest auch ein gelinder Arrest bis zu vier Wochen verhängt werden. Unteroffiziere ohne Portepee können disziplinarisch außer mit dem vorgenannten Strafen bestraft werden mit einem verschärften Arrest bis zu drei Wochen, bis Ausgangsbefreiung bis zu vier Wochen und mit Dienstverrichtungen außer der Reihe.

Gegen Mannschaften können als kleinere Disziplinarstrafen verhängt werden: Kerker, Dienstverrichtungen außer der Reihe, s. V. Straferzieren, Strafmachen usw., doch ist Straferzieren nur zulässig gegen Mannschaften, die noch nicht länger als vier Jahre dienen, weiterhin Bestrafungsverwaltung, Ausgangsbefreiung und Geldstrafe bis zu einem Viertel des monatlichen Dienstkontommens. Der Kerker- oder Quartierarrest darf ebenso wie der gelinde Arrest vier Wochen nicht überschreiten, während der verschärfte Arrest bis zu einer Dauer von drei Wochen verhängt werden kann.

Gegen Obergefreite, Gezeigte, Oberfähnen usw. kann disziplinarisch außerdem noch auf Dienstverrichtungen erkannt werden. Bei der Dienstverrichtung ist zu berücksichtigen, daß die Strafe eine wesentliche Entkommensminderung mit sich bringt.

Beschwerde über eine Disziplinarstrafe darf nur von dem Bestraften oder seinem unmittelbaren Vorgesetzten eingeleitet werden. Wegen ungebührlicher Beschwerdeführung wird niemand bestraft. Das schließt jedoch nicht aus, daß ein Beschwerdeführer zur Verantwortung gezogen wird, wenn er bei der Beschwerde eine strafbare Handlung im Sinne der Strafgesetze oder eine Disziplinarverletzung begeht.

Aus Parlamenten und Parteien Kirche und Monarchie.

Das evangelische Gesangsbuch der Provinz Sachsen, das nicht nur in den Kirchen, sondern auch in den Schulen — im evangelischen Religionsunterricht — amtlich eingeführt ist, bringt in der Ausgabe von 1901 unter Nr. 416 das schöne Lied: „Vater, Knecht und Diener Segen unsern König und sein Haus!“ Melodien ist es mit einem Stern versehen. Der harnischrepublikanische Staatsbürger sagt sich, daß dies bedeutet: „Gebrauch ruht einstweilen“. Befriedigt schlägt er vor nach und erzählt, daß das Sternchen nichts so böses besagen will, sondern nur, daß das Lied noch im Mittelalter gelagert abgedruckt ist, daß also auch die Soldaten es mitbringen können, was ja auch viel schöner ist.

Beamtenprogramm der Deutschen Demokratischen Partei.
Der siebenste Beamtentag der Deutschen Demokratischen Partei in Göttingen hat das nachfolgende Beamtenprogramm angenommen. Dieses Programm wird der nächsten Reichsparteitag, der im Oktober in Düsseldorf stattfinden soll, zur Annahme in das Parteiprogramm vorgelegt werden.

Die Beamten sollen genau ihrem Dienste als Organe des Staates ihre ganze Kraft in den Dienst der Volksgemeinschaft stellen und durch vorbildliche Beobachtung des Berufsethos und Gehorsam des neuen Volkstaats befähigen, die sozialen Gegensätze ausgleichen und ein wahre Volksgemeinschaft fördern.

Die gesamte öffentliche Verwaltung ist einheitlich einisch und überflüssig zu gestalten. Sie soll den Aufgaben und die Tätigkeit ihrer Behörden volkstümlich gestalten, das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und die noch vorhandenen befähigungswertigen Gegensätze zwischen den Behörden und der Bevölkerung ausgleichen. Die Verwaltung erfolgt durch Berufsbeamte, die Rechtsverhältnisse aller Berufsbeamten, einschließlich der Reichsbahnbeamten, der Lehrer und der Angehörigen der gesamten Polizei, werden auf öffentlich-rechtlicher Grundlage aufgebaut und sind reichsrechtlich zu regeln, und zwar nicht in Entwicklung arbeitsrechtlicher Grundzüge, sondern im Rahmen des Staats- und Verfassungsrechtes. D. Anstellung aller Beamten geschieht auf Lebenszeit. Ihn wohlverworbenen Rechte, insbesondere auch auf Ruhehalt, und Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage der Bezüge der im Dienst befindlichen Beamten, sind zu wahren. Eine Trennung zwischen Hoheits- und Betriebsbeamten darf nicht erfolgen. Die weiblichen Beamten finden die männlichen gleichzustellen. Die Rechte der Beamten als freie Staatsbürger, mit Einschluß des vollen Vereinigungs- und Versammlungsrechtes, sind zu erhalten und zu sichern. Zur Vertretung der persönlichen Angelegenheiten der Beamten sind Beamtenevertungen zu schaffen.

Den Beamten ist eine ausreichende Besoldung zu gewähren, die ihnen wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit, sowie angemessenen Anteil an den Kulturwerten des Volkes sichert.

In allen Verwaltungen sollen Anstellung und Förderung unter Berücksichtigung der Lebensführung und des Dienstalters ausschlaggebend und von der persönlichen Fähigkeit und den Leistungen des Beamten abhängig sein. Leistungsfähigen Beamten ist ein freier Aufstieg zu gewähren. In die Stellen der politischen Beamten und der Personalreferenten dürfen nur solche Beamten befördert werden, die überzeugte Anhänger der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform sind und sich für diese bewußt und tatkräftig einsetzen. Die Bildungsbefähigungen der Beamtenpflicht für den Staat zu unterstützen und zu fördern, die bestehen den Fortbildungsmöglichkeiten sind zu erweitern. Sie bei ist die volle Selbstverwaltung der von der Beamtenpflicht geschaffenen Bildungseinrichtungen aufrechtzuerhalten.

Aus der Vorgehensrichte der Flaggeneuerung.

Ein interessantes Dokument.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, ist nunmehr bekannt geworden, daß der Geschäftsführer des Bundes der Auslandsdeutschen, Geheimrat Große, der politisch den Rechtspartei angehört, schon am 11. September 1925 an die Reichsminister des Inneren und des Innern, also an die Herren Stresemann und Schiele, eine Eingabe richtete, in der vorläufig die Bitte ausgesprochen wurde, „seht schon eine Regelung unter der Hand eintreten lassen zu wollen“. Mit welchen Schritten und Hinterzügen hier an eine Regelung der Flaggeneuerung, die demnächst hier aus dem folgenden Wochenblatt hervor, der bekanntlich lautet: „Die deutschen Seemannämter dürfen bekannterweise die Reichsdienstflagge zur See führen. Es wäre nun unseres Erachtens die Möglichkeit geboten, möglichst viele Vertretungen des Auswärtigen Amtes im Auslande mit Seemannsämtern zu verbinden. Es könnte auf diese Weise erreicht werden, daß neben der vorgeführten Flaggeneuerung die Seemannsämter gezeigt werden könnte.“

Eine Attacke der Volkspartei gegen die Demokratie.
Die „Nationalliberale Correspondenz“ befaßt sich mit der Meinung der noch freien Reichsministerien und gibt die Meinung Ausdruck, daß es im jetzigen Augenblick richtig sei, keine Veränderung im Kabinett vorzunehmen. Die offizielle Correspondenz der Deutschen Volkspartei wendet sich gegen die Meinung der „Germania“, in dem angeklagt wird, daß das Zentrum die Flaggeneuerung in Zukunft in der Hand zu behalten und die Ministerien für die Flaggeneuerung zu übernehmen. Die Volkspartei fordert die Flaggeneuerung als eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Wenn die Flaggeneuerung die von der „Germania“ vertretenen Prä-

tion, Verleumdung, fittliche Minderwertigkeit und andere schöne Dinge vorsetzen.

Ganz besonders interessant ist eine Broschüre, die als Manuskript gedruckt, durch den völkischen „Band der Guten“, jetzt in Löben (Dipreufen), herausgegeben wurde und die sich lediglich gegen Jürgen v. Ramin richtet. In dieser Schrift wirft in einem Artikel „Lügen haben kurze Beine“ der in der völkischen Bewegung stehende Wolf Dietrich dem Reichstagsabgeordneten Jürgen v. Ramin, der sich immer als Sittlichkeitsapostel aufspielt, Ehebruch mit der Frau des völkischen Schriftstellers Piefke, genannt Weißhaar, vor. Ramin habe sich mit der Ehefrau des Weißhaar, die mit ihrem Manne in Schweden lebe, in Verbindung gesetzt, um gegen einen politischen Gegner innerhalb der eigenen Bewegung intrigieren zu können. Weißhaar gibt hierfür den Rittergutsbesitzer Dr. D. Kemmer aus Oberhof bei

Bärnade (Pommern), Dr. Liedtke aus Sensburg und einen Rektor Sch. als Zeugen an.

Auf die Klage Ramins wegen Verleumdung gegen Weißhaar hat dieser Widerlage erhoben, weil Ramin ihm vorgeworfen habe, daß er arbeitsscheu sei und seine Frau gezwungen habe, mit seinem Verhältnis zusammen zu leben.

Bemerkenswert ist aus der Broschüre auch der abgedruckte Brief eines Herrn Schmaglowki aus Liebenburg, in dem es u. a. heißt: „Die Herren Parteivölkischen haben scheinbar einen ganzen Haufen Mist bei sich liegen.“ „Diese vielen Bünde der Säuer können ans nicht haben.“

Die Broschüre stellt aber auch eine Verleumdung des gesamten deutschen Richters- und Anwaltsstandes dar. So wird von einer ungeheuren fittlichen Verwahrlosung im Richters- und Anwaltsstande gesprochen. Es müsse hier mit eiserner Hand durch-

gegriffen werden gegen die Pestbeule im Richterstande, die von Jahr zu Jahr größer werde.

In einem Flugblatt, das die Ortsgruppe Löben des „Bundes der Guten“ herausgibt, und in dem sie sich b. Schwert, daß einen ihrer Redner in einer Versammlung der völkischen Freiheitspartei das Wort abgebrochen hat, wird dann noch Hamann, der bekanntlich Rittmeister a. D. ist, vorgeworfen, er habe sein Ehrenwort mehrfach gebrochen.

Überall das gleiche Bild, ob im Süden oder Osten, im Norden oder Westen: mit den völkischen Sittenrichtern sieht es sehr schlecht. Die völkischen Führer müssen sich untereinander am besten kennen und werden wohl wissen, was sie voneinander zu halten haben.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Publig Mühs, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Meyers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Ausführung sämtlicher Maurerarbeiten
Neubauten - Umbauten - Reparaturen
Schwammbeseitigung, Trockenlegung feuchter Wände
Skizzen und Kostenanschläge gratis und unverbindlich
Wilhelm Hohe, Baugeschäft
Magdeburg - W. Bürgerstraße 10
Verlangen Sie kostenlosen Besuch.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Alb. Willy Schüle
Kunst- und Bauschlossler
Magdeburg
Wallstraße 12. Fernruf 23
fertigt alle Schlosserarbeiten
Spez.: Markisen, Scherengitter p.

einwandfreie Nahrungsmittel
und machen besonders auf unsere selbsthergestellten Waren aufmerksam.
Eigene Schlächterei
Neuzettlich eingerichtet. Peinlichste Sauberkeit, erfindungsreiche maschinelle Einrichtungen, daher appetitliche äußerst schmackhafte Ware.
Bäckerei und Konditorei
Größter Betrieb dieser Art in Magdeburg, hygienisch einwandfrei.
Kaffeerösterei
Herstellung alkoholfreier Getränke.
46 Material- u. Kolonialwaren-Verkaufsstellen in Magdeburg u. Umgegend einschl. Schönebeck
8 Schlächterläden
2 Manufakturwarengeschäfte.
Allen Verbrauchern sei die Mitgliedschaft dringlich empfohlen.
Beitritts-erklärungen werden in allen Lagern entgegengenommen.
Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Indien-Schau
MAGDEBURG
Ausstellungsgelände
4. Juni bis 1. August

Hugo Paulsen, Magdeburg
Photograph
Alte Ulrichstr. 18
Industrie-, Portrait-, Aufnahmen,
Bergvergrößerungen, Malereien
Telephon 4652 - Begründet 1903
schnell | Paßbilder | billig

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel.

J. BORMANN
Große Münzstraße 2
Koffer :: Reiselaschen :: Damen-Handtaschen :: Besu-
taschen :: Aktentapeten :: Rucksäcke :: Sportgü-
ter sowie andere Geschenkartikel.
Billigste Bezugsquelle
für **Schuhwaren**
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Ausstellung
asiatischer u. afrikanischer Sammlungen
Indische Völkerschau
Handwerker - Gaukler - Tänzer
Schlangenbeschwörer
- Täglich mehrere Vorstellungen -
Tierpark
Elefanten, Büffel, Dromedare, indische
Bergziegen, Affen, exotische Vögel
Im Konzert-Garten am Adoll-Mittag-See
täglich von 4 bis 10 Uhr
Große Konzerte.

Georg Dallbor
Schuhmacher
Alte Ulrichstr. 7.
Alle Arten Herren, sehr
wenn derselben noch lo-
alt und feinfach, werden
gerne repariert unter
Garantie. Herren, Ketten,
Gieroberzeugnisse, etc. preis-
wert.
Gegründet 1878.

Altstädter Bürgersaal
Apfelstr. 9. Fernspr. 67
Inhaber Ferd. Preuß

Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant
Hohenzollern-Park
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag von 4 Uhr ab
Kaffee-Konzert
mit
Kleinmusik-Bühne.
Eintritt frei. Eintritt frei

Ein möbliertes sonniges
Vorderzimmer,
ev. mit 2 Betten,
zu vermieten
Knoche, Pappelallee 20.

Alfred Bruck
Schreib-
maschine
Stenographie
Buchführung
Korrespond. etc.
Insrieren
bringt
Erfolg!

Park-Restaurant
Herrenkrug
Jeden Mittwoch und Sonntag
Große Konzerte

Parkrestaurant Vogelgesang
berühmt durch seinen uralten Baum-
bestand und durch seine wundervollen
Rosen- und Dahlien-Anlagen, die be-
deutendsten der Provinz.
Sonntags:
Gesellschafts-Ball.

Franz Pützkuhl
Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Wäse,
Krawatten, Stäbe, Sandalschuhe,
Hosensträger.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Meyer Michaelis
Gegr. 1864 Magdeburg Gegr. 1864
Gr. Marktstr. 16 - Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für Suhl-, Oberleder u. sämtliche
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Sind Sie schon Mitglied im ?
Konsum-Verein Magdeburg

Bücher
Gut, billig, prompt
Buchhandlung Volksstimme

Siedlung und Domänenverwaltung.

Demokratische Initiative.
Bei der Beratung des preussischen Haushalts der Domänenverwaltung spielt die Frage der Siedlung, der Schafstallung und der Schafzucht eine wichtige Rolle. Betrachtet man die Debatten der letzten Jahre, so erkennt man, daß die Angriffe gegen die Preussische Domänenverwaltung fast ganz aufgehört haben, seitdem Ministerialdirektor Dr. Arnoldi die Leitung der Domänenabteilung des Landwirtschaftsministeriums übernommen hat. Wenn auch die Klagen gegen Beamte im Lande nicht verschwinden wollen, so steht doch fest, daß in der Ministerialentscheidung ein erfreulicher Fortschritt eingetreten ist. Die demokratischen Abgeordneten Meinde und Wachsoff sind die Vorredner im Hauptauschuß beantragt, in eine Prüfung einzutreten, um Domänen, die im Großbetrieb eine dauernde rentable Bewirtschaftung nicht gewährleisten, in bäuerliche Pachtbetriebe umzuwandeln. Namens des Landwirtschaftsministeriums erklärte hierzu Ministerialdirektor Dr. Arnoldi erfreulicher Weise folgendes:

Von Seiten der staatlichen Domänenverwaltung seien Bedenken gegen diesen Antrag nicht zu erheben. Es gebe tatsächlich eine ganze Menge Domänen, die von nicht bewirtschafteten Gemeinden umgeben seien, und wo der Landbesitzer so groß sei, daß es wohl angezeigt sei, ihn in der Weise zu betriebligen, daß man solche Domänen zur Aufteilung in bäuerliche Pachtbetriebe bringe. Allerdings wäre dabei, natürlich immer das Gebäudeinventar; wenn es sich um eine Domäne mit ganz vorzüglichem Gebäudeinventar handelte, werde man wohl kaum an eine Zerstückung herangehen können, während im anderen Falle, wenn also die Gebäude schon alt und baufällig geworden seien, derartigen Wünschen ohne weitere Bedenken entgegenzutreten sei.

Eine eigenartige Stellung nahm der deutsch-hannoversche Abgeordnete Biester ein. Es heißt über seine Ausführungen in dem Bericht:

In der Frage der Aufteilung von Domänen steht der Redner auf dem Standpunkt, daß es bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht angebracht sei, Domänen zu zerstückeln; auch für Umwidmungen sollte nur Land hergegeben werden, soweit tatsächlich ein wirkliches Bedürfnis vorliegt.

Auf eine Kritik des demokratischen Abgeordneten Wachsoff de Wente verlas Geheimrat Lampenbach, der neue Präsident des Landeslandwirtschaftsamt in Hannover stehendes aus einem Erlaß vom Jahre 1919:

Bei der öffentlichen Verpachtung von Streuparzellen wird durch die Beteiligung größerer Bieter die unerwünschte Erscheinung gezeitigt, daß den kleinen Bieter die Anpachtung unmöglich gemacht oder wenigstens verteuert wird. Es muß darauf gehalten werden, daß der tatsächliche Grundbesitz in erster Linie landbesitzigen Hausbesitzern, Handwertern und Kleinrentnern zugute kommt.

Wenn man überhaupt hieran handelt, wird manche Frage verflummen. Betrachtet man die ganzen Verhandlungen, so sieht man, wie sich überall die von der Deutschen Demokratischen Partei vertretene Landbesitzerbewegung durchzusetzen beginnt; wenigstens theoretisch, solange die Landbesitzer nicht davon betroffen werden.

Die Ausführungen des Abg. Biester, der der Station der Wirtschaftlichen Vereinigung angehört, wollen sich die kleinen Landwirte besonders merken.

Soziales

Die Metallarbeiter zur Rationalisierung.

Vorschläge von Anton Erelenz

Die Überwindung dieser wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges ist nur möglich, wenn Unternehmern, Arbeitnehmern und Staat mit frischer Entschlossenheit neue Wege beschreiten bei der Herstellung und der Verteilung der Güter und Waren.

Diese Wege sind:

1. Eine energische Weiterentwicklung der Technik zu höherer Leistung in den Betrieben.
2. Eine kräftige Zusammenfassung der Betriebe zwecks Anpassung des Produktionsapparates an den Bedarf.
3. Eine Vereinfachung und Vereinigung der Verkaufsorganisationen.
4. Eine internationale und gesamt-europäische Vereinbarung über die Handelspolitik mit dem Ziel des Abbaus der Schutzzölle. Hand in Hand damit muß eine Ausdehnung der europäischen Gemeinschaftsarbeit auf allen Gebieten erfolgen.
5. Eine verstärkte Siedlung und eine Intensivierung der Landwirtschaft, damit mehr Menschen auf dem Lande beschäftigt und ernährt werden können und gleichzeitig ein größerer Teil der städtischen Bevölkerung von der eigenen Landwirtschaft ernährt werden kann.

Die Gesamtwirkung all dieser Maßnahmen ist eine erhebliche Steigerung aller Einkommen, Löhne und Gehälter bei sinkenden Preisen. Damit wird die Kaufkraft aller Schichten des Volkes so gesteigert, daß die vermehrte Produktion Absatz findet und das Heer der Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingebunden wird.

Das sind einige Sätze aus einem Vortrag, den der demokratische Reichstagsabgeordnete Erelenz dieser Tage auf der Vertreterversammlung des Gewervereins Deutscher Metallarbeiter in Hagen gehalten hat. Der Verbandstag folgte ihm einmütig auf diesem Wege. Er verlangte eine moderne Industrie mit modernen Arbeitsbedingungen. Freilich Enthusiasmus und Optimismus seien die einzigen Wege, um aus der Verzweiflung des Krieges herauszukommen. Steigerung der Kaufkraft der Massen: nur dieser Weg führe aus der Krise heraus. Es wiederholten sich die Erfahrungen von vor hundert Jahren, als die Weber in Krefeld die Maschinen zerstörten; mehr Maschinen und neue Maschinen machen uns wieder reich, nicht aber die Wiederherstellung veralteter Methoden. Außer Erelenz sprach Dr. Kauer über: „Deutschland in der Weltwirtschaft“. Eingehende Verhandlungen fanden statt über die Fortbildungen in der Eisenindustrie.

(Hauptmann hat seine Ernennung zum Mitglied der Preussischen Akademie der Künste nicht angenommen.)



Gerhart Hauptmann
Ein Hauptmann, der auf die Beförderung zum Major verzichtet!

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss). Sitzung am Montag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammtrieb). Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6, Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

D. D. P. Politische Aussprache Sonntag, den 6. Juni, vormittags 11 Uhr, Freundschaft, Prälatenstraße 22. Redner: Staatspräsident a. D. Dr. Hummel. Die Leiter unserer Zeitstrift sind zu dieser Aussprache freundlichst eingeladen.

Das Schulgeld an den Magdeburger Schulen.

Das Schulgeld an den städtischen höheren Lehranstalten, Mittels- und Volksschulen - letztere nur für auswärtige Schüler - beträgt für das Schuljahr 1926:

Für höhere Lehranstalten:	
für einheimische Schüler	200.- M.
für auswärtige Schüler	250.- M.
Für Mittelschulen:	
für einheimische Schüler	96.- M.
für auswärtige Schüler	120.- M.
Für Volksschulen:	
für auswärtige Schüler	96.- M.

Das Schulgeld kann in monatlichen Raten bezahlt werden. Für die höheren Lehranstalten kann das Schulgeld für die Zeit von April-Juli sofort, muß jedoch bis spätestens 15. Juli 1926 entrichtet werden. Spätere Zahlungen für die erwähnte Zeit sind gebührenpflichtig.

Das Schulgeld in den Mittels- und Volksschulen ist, wie bisher, bis zum 17. jedes Monats an die Herren Schulleiter abzuführen. Bei verspäteter Zahlung wird das Schulgeld mit den Gebühren mit einzufordern, da sonst Einziehung erfolgt.

Für die städtischen Fachschulen gelten folgende Schulgebühren:

vierteljährlich	für einh. Schüler für ausw. Schüler	
Handelschule	42.- M.	51.- M.
höhere Handelsschule	51.- M.	68.- M.
Wahlprüfer (4 Stb.)	18.- M.	18.- M.
Haushaltungsschule und Seminar	45.- M.	60.- M.
Haushaltungsschule	45.- M.	45.- M.
Gewerbeschule		
für den 1. Kurius	30.- M.	37,50.- M.
für den 2. Kurius neben dem ersten	24.- M.	30.- M.

Der Schulgebührenbetrag für das Vierteljahr April bis Juni 1926 ist spätestens 14 Tage nach Zustellung des Schulgebührenscheines zu zahlen. Die übrigen Vierteljahresbeträge sind fällig am 15. August, 15. November und 15. Februar.

Demokratische Jugend. Freitag, den 11. Juni: Auerhahn durch die Außenpolitische Woche in Magdeburg. Redner: Herr Ing. Lampe.

Indien-Schau. Ausstellungsgelände 4. Juni bis 1. August. Ausstellung asiatischer und afrikanischer Sammlungen. Wir bitten, die Anzeige in der heutigen Nummer zu beachten.

Halterstadt. Sie rühren sich, die Gegner der Fürstentümern. In der Halberstädter Zeitung lassen sie die 30 Vereinen und Organisationen, u. a. der Bürger-Schützvereine, der Haus- und Grundbesitzervereine, die Vaterländischen Verbände, die Balkontenöre, der Königin-Luisenbund, die polit. Parteien u. a. auch die Wirtschaftspartei sowie die wirtschaftl. Organisationen der Innungsausführer ufm. eine Anzeige los. Sie protestieren gegen den Rechtsbruch größter Art und treten ein für Recht und Eigentum. Nach ihrer Ansicht ist es notwendig, eine Dankeschuld gegen das Hohenzollernhaus abzutun. Wir sind gespannt, ob u. a. auch der Haus- und Grundbesitzerverein, wenn es zur Abkündigung kommen sollte, betr. angemessene Aufwertung der Hypothekengläubiger, sich in gleichem Maße für Recht und Eigentum einsetzt. Ebenso darf man gespannt sein, ob der Innungsausführer die gesetzliche Vertretung der Innungsmeister bei anderer Gelegenheit sich für Recht und Gerechtigkeit einsetzt. Bisher hat man gerade bei den Hausbesitzern und den Handwerksmeistern eine solche Stellungnahme für Recht und Gerechtigkeit nicht erfahren. Beide Gruppen sind zu einem großen Teil in der Wirtschaftlichen Vereinigung politisch organisiert und diese Partei hat vor den Dezemberwahlen von 1924 öffentlich erklärt:

„Wiedergutmachung des am Sparren Volk begangenen Verbrechens, das diesem durch die vom Staat betriebene Inflationwirtschaft Hab und Gut geraubt hat. Sie tritt deshalb ein für eine gerechte allgemeine Aufwertung aller Schuldverpflichtungen im Rahmen dessen, was unter verarmten deutschem Volk tragen kann.“

Als es aber im Sommer 1925 zum Klappen kam, schloß sich die Wirtschaftliche Vereinigung munter dem Aufwertungsprogramm der Regierungsparteien an, das mit vollem Recht bei den Sparern und Kleinrentnern die größte Entrüstung hervorgerufen hat. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat es fertig bekommen, eine Verschlechterung des Aufwertungsprogrammes noch in der zweiten Beratung durchzuführen, die besonders zahlreichen Hausbesitzern, die während der Inflationszeit ihr Eigentum haben verlieren müssen, empfindlichen Schaden bringt. Auf Grund eines Antrages nämlich, der auch die Unterschrift des Abg. Dr. Jörissen von der Wirtschaftlichen Vereinigung trägt, ist in zweiter Beratung eine Schlußbestimmung zugunsten der Hausbesitzer wesentlich eingeschränkt worden: während noch der Aufwertungsanspruch damit einverstanden gewesen war, daß Vergleiche zwischen früheren Hausbesitzern und Käufern, die in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis zum 1. Oktober 1924 abgeschlossen waren, ungültig sein sollten, wurde nunmehr diese Frist auf die Zeit vom 15. Juni 1922 bis zum 14. Februar 1925 verlegt, so daß spätere ungünstige Vergleiche, die der ehemalige Hausbesitzer etwa aus Unkenntnis der Sachlage mit dem Käufer eingegangen ist, Geltung behalten. Andererseits schädigte die Wirtschaftliche Vereinigung auch die Hypothekengläubiger, indem sie den Antrag niederstimmte, wonach die Aufwertung bei ungünstiger wirtschaftlicher Lage des Gläubigers um 10 v. H. erhöht werden kann. Selbstverständlich stimmte sie am 4. Juli 1925 auch gegen den demokratischen Antrag auf Zurückberufung des An-

Demokraten, beteiligt auch am Volksentscheid!

Die Rechtsparteien haben durch Aufrufe ihre Anhänger aufgefordert, der Abstimmung über die Fürstentümernabstimmung am 20. Juni fernzubleiben. Diese Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei, Wirtschaftspartei und Liberalen Vereinigung bedeutet eine Sabotage gegen den Volksentscheid. Die Gegner der Fürstentümernabstimmung wollen keine freie, geheimer Abstimmung, daher ihre Parole: **Wählt zu Hause!** Sie üben mit dieser Parole den schlimmsten Terror. Jeder Wähler, der zur Abstimmung geht, soll als Anhänger der Entscheidung gestempelt und möglichst als solcher denunziert werden. Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen solche Unterbindung der freien Abstimmung. Aus Gründen der Sicherung des Wahlergebnisses befehlt für jeden Demokraten **Wahlpflicht!** Niemand darf am 20. Juni zu Hause bleiben. Die Demokraten haben die Abstimmung freigegeben. Jeder einzelne kann sich für oder gegen den Volksentscheid erklären. Für uns ist die Abstimmung ebenso wichtig als jede andere Wahl. Wir müssen daher auch für eine Beteiligung werden, besonders unter denen, die sich von den Rechtsparteien einschließen lassen. Wir erwarten von allen demokratischen Wählern, daß sie am 20. Juni zur Abstimmung gehen.

Staatspräsident a. D. Dr. Hummel

spricht am **Sonntag, den 6. Juni,** vormittags 11 Uhr in **Magdeburg** in der **Freundschaft.**

Leihenaufwertungsgesetzes in den Ausschuss; sie hatte kein Interesse an einer besseren Ausgestaltung des Gesetzes und geneigten Berücksichtigung der Inhaber von Staatspapieren. Schließlich stimmte die Wirtschaftliche Vereinigung am 15. Juni 1925 für das Hypothekenaufwertungsgesetz und am 16. Juni 1925 für das Anleihenaufwertungsgesetz im ganzen. — Das ist nur eine kleine Epizöde aus dem großen Gündensregister der Wirtschaftspartei. Für die Fürsten haben aneinander diese Kreise die nötigen Mittel übrig, während sie ihren eigenen Berufs- und Standesgenossen gegenüber die Faust schließen.

Halberstadt. Ein Riß in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hat sich gespalten. Die Wältischen haben durch ihr Auftreten in den letzten Monaten zu erkennen gegeben, daß sie nicht willens sind, auf die Dauer mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuarbeiten. In der letzten Stadtverordnetenversammlung ging die Koalition in die Brüche. Die drei völkischen Stadtverordneten haben sich außerhalb des Bürgerklubs gestellt und mit den Sozialdemokraten Hand in Hand gearbeitet. Ein völkischer Antrag, der 16 000 Mark Sonderunterstützung für Erwerbslose, Rentner, Kriegsbeschädigte usw. bereitzustellen verlangt, wurde mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Ob die Wältischen überhaupt willens sind, weiterhin mit der bürgerlichen Weltgemeinschaft zusammenzuarbeiten, muß nach den neuesten Vorkommnissen sehr fraglich erscheinen.

Bezirk Halle.

Zum Volksentscheid.

Halle. Der Gesamtvorstand des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei in Halle und der geschäftsführende Vorstand des Bezirksverbandes im 11. Reichswahlkreis (Halle-Merseburg) haben zur Frage des Verhaltens beim Volksentscheid über die Fürtzenabfindung nachstehende Entschließung gefaßt:

Nachdem das von der Deutschen Demokratischen Partei angestrebte Kompromiß mit dem Ziel einer annehmbaren Abfindung der Fürtzen leider durch das Verhalten der Rechtsparteien nicht zustande gekommen ist, muß es den Mitgliedern und Anhängern der Deutschen Demokratischen Partei überlassen bleiben, ob sie beim Volksentscheid mit „ja“ oder „nein“ stimmen wollen.

Jedenfalls empfiehlt sich vollzählige Beteiligung an der Abstimmung.

Halle. Herr Staatsminister Dr. Schreier hat sich ereuflischer Weise bereit erklärt, in einer demnächst in Halle stattfindenden Mitgliederversammlung über aktuelle, politische und wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Wir sind überzeugt, daß alle Wältische die Gelegenheit, ihren Landtagsabgeordneten und Preussischen Handelsminister zu hören, mit großer Freude begrüßen werden. Die Veranstaltung wird noch vor der Abstimmung über den Volksentscheid stattfinden. Die Bekanntgabe des Termins erfolgt in der nächsten Nummer des „A. W.“ erfolgen.

Die Demokratische Jugend für den Volksentscheid. Der Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugend veröfentlicht folgende Kundgebung:

„Der deutsche Reichstag hat in der Frage der Abfindung der Fürtzen eine annehmbare und die Volksinteressen ausreichend berücksichtigende Lösung trotz monatelanger Beratungen nicht gefunden. Nun hat der Volksentscheid das Wort. Wir Jungdemokraten lassen keinen Zweifel daran, daß wir uns am Volksentscheid nicht nur geschloffen beteiligen werden, sondern daß wir darüber hinaus die Werberarbeit für die Beteiligung am Volksentscheid bewußt und mit allen Mitteln weiterführen werden. Wir richten hierdurch an alle unsere Gau- und Gruppenorganisationen im Reich bereits heute die Aufforderung, sich mit aller Kraft in den Dienst der Volksbewegung zur Abrechnung der maßlofen Fürtzenansprüche zu stellen. Nehmt den Fürtzen, uns des Volkes ist!

Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugend.

Lenner. Gemmer. Wie wir hören, schließt sich auch der Reichsbund Deutscher Demokratischer Studenten dieser Kundgebung an.

Jungdemokraten, Halle (Saale). Wir treffen uns am Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr an der Paulusstraße, Kronprinzenstraße Ecke Bismarckstraße zu einem gemeinsamen Spaziergange nach den Schrebergärten. Freund Roth wird uns über die Düsselborfer Ge-So-Wei berichten.

Für Mittwoch, den 9. Juni sind wir von der Jungsozialistischen Gruppe zu einem Vortrage von Georg Engelbert Graf über „Das englische Weltreich und seine Krise“ abends 8 Uhr im Kartellzimmer des Volkspartes eingeladen. Es wird recht zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Völkervorträge in der Schule. Im Junihefte der „Friedenswarte“ (Hensel u. Cie, Berlin-Friedenau) betont der frühere Abgeordnete Rich, Gieshoff die Notwendigkeit, in den höheren Schulen Vorträge über den Völkerbund zu halten. Er führt aus: „Es gilt, einmal im Jahre vor den Schülern der oberen Klassen, während der Schulzeit, Vorträge hervorragender Mitglieder der Völkerbundliga zu veranstalten. Ein solcher Vortrag wird

dann das Ereignis der Schule sein und noch lange in den Herzen der Schüler nachwirken. Dazu kommt dann noch die Verteilung von Zugschriften aller Art, die den Völkerbund betreffen. Weiterhin kann man auch an die Bildung von Jugendgruppen der Völkerbundliga in den Schulen denken, wie dies in England den Schulbehörden vorgeschlagen wurde. Alles dies würde erheblich dazu beitragen, dem Völkerbund in den Herzen der Jugend ein dauernde Stütze zu bereiten. Und endlich bedarf es natürlich auch der Veranstaltung von Vorträgen für die Lehrerschaft, um sie in den Stand zu setzen, ihre Schüler selber über Wesen und Bedeutung des Völkerbundes zu unterrichten.“

Halle. Der übliche Schwindel. Die Behauptung der Rechtspresse, daß sich an der Berliner Tagung des „Roten Frontkämpferbundes“ Abordnungen des Reichsbanner beteiligt hätten, stellt sich als Schwindel heraus. Die Gauleitung Kiel — am Kieler Reichsbannerliste sollte es sich handeln — hat festgestellt, daß bei der Abfahrt der „Roten Frontkämpfer“ nach Berlin kein Reichsbannermann mitgegangen ist. Im Festzug selbst marschierten allerdings hinter einer Turnerkapelle — wahrscheinlich die des Turnvereins Fichte (Berlin) — vier Männlein in Zivil, von denen einer ein Schild mit der Aufschrift trug: „Reichsbannerdelegation Kiel“. Auf

Der Gratsjahrgang.



„Ist denn der Kleine immer noch drei Jahre?“
„Natürlich!“
„Na, das scheint auch schon chronisch geworden zu sein!“
(Er lacht.)

der Rückseite war zu lesen: „Für die rote Einheitsfront!“ Diese Delegation trat weder in Reichsbanneruniform auf, noch konnten die vier Mann Mitglieder des Reichsbanners vorgefunden werden.

Halle. Frä. Dr. Gertrud Bäumer, die gelegentlich des Verbandstages der deutschen Studentinnen Vereine in Halle weislich und über das Thema: „Beruf und Lebensinhalt“ sprach, wurde zum Ehrenmitglied des Vereins Deutscher Studentinnen in Halle ernannt.

Bitterfeld. Den Hauptpunkt der Tagesordnung der letzten Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe der D. D. F. bildete ein Vortrag des Provinziallandtagsabgeordneten Renters-Halle über: „Die preussische Verwaltung und Verwaltungsreform.“ Redner gab zunächst einen Überblick über die Regierungsbildung von früher und leuchtete dann ein kurzes Bild des Aufbaues der staatlichen Verwaltung von jetzt. In früherer Zeit war der Reichszentraler der verantwortliche Beamte, dem die Staatssekretäre unterstellt waren, jetzt dagegen haben wir das kollegiale System. In Preußen haben wir die verschiedenen Ministerien, die wichtige Beschlüsse in ihrer Gesamtheit durch Mehrheitsbeschlüsse fassen. Ueber die Aufgaben der staatlichen Verwaltung, (Ministerium, Oberpräsident, Regierungspräsident und Landrat) sich verbreitend, zeigte der Redner die Durchsetzung der staatlichen Stellen mit dem Laienelement. Hierbei behandelte er den Provinzialrat, den Bezirksauswahlschuss und den Kreiswahlschuss. In das staatliche System hat sich gleichsam wie aus dem Boden gewachsen ein anderes System eingeschoben, das System der kommunalen Selbstverwaltung. Im zweiten Teil seines Vortrages verbreitete sich der Redner über die Verwaltungsreform, wodurch eine Vereinfachung der Verwaltung erreicht werden soll. Er betonte, daß der Weg zur Reichseinheit nur führen kann durch ein starkes Preußen, dem sich kleinere Staaten anschließen können. Zu der Verwaltungsreform sind eine ganze Reihe von Vorschlägen eingebracht worden, sie haben auch dem Landtag vorgelegen, doch ist es nicht möglich gewesen, über irgendwelche Frage eine Einigung zu erzielen. Man will in den Mittelbehörden irgendeine Instanz ausschalten. Der eine Vorschlag geht dahin, die Regierungspräsidenten zu beseitigen, indem der Kreis direkt mit dem Oberpräsidenten in Verbindung steht. Ein anderer Vorschlag geht dahin, die Oberpräsidenten in den einzelnen Provinzen fallen zu lassen, indem zwischen dem

Regierungspräsidenten und der Regierung keine Zwischeninstanz mehr besteht. Um diese Frage dreht es sich im besondern, doch ist eine Regelung sobald wohl nicht zu erwarten, so daß es zunächst beim alten bleiben muß. Dann soll versucht werden, eine Anzahl von kleineren Landkreisen zusammenzulegen. Auch der Wegfall von Ostpreußen ist geplant. Man denkt auch an eine Kleinierung der Zahl der Ministerien. Außerdem ist im Gebiet der unteren Instanzen eine Umordnung im Auge gefaßt. Bei allen diesen Reformen spielen eine Menge von politischen und anderen Interesseneinflüssen eine Rolle. Zum Schluß ging der Vortragende noch auf die neue Landgemeindevorstellung und Städteordnung ein, wobei es bis jetzt noch keine Lösung gegeben hat. Der Vortrag schloß sich eine längere Aussprache an, wobei hervorgehoben wurde, daß eine Beteiligung der Regierungspräsidenten keineswegs zweckmäßig sei. — Am 1. Juni kamen noch verschiedene Fragen zur Besprechung, u. a.: Seit wann werden in Bitterfeld die Stadtfarben geblasen? Bei der sich anschließenden Besprechung wurde dringend gefordert, daß baldmöglichst der Flaggentritt einbezogen werden möge. — Die nächste Versammlung wegen des Volksentscheides am 16. Juni stattfindend.

Essau. Neue Entlassungen bei Junters. Nachdem die vierwöchentliche Sperrfrist, auf deren Einhalten das Anhaltische Staatsministerium dem Reich gegenüber bestanden hatte, abgelauten ist, sind am Ende der vorigen Woche 700 Arbeiter der Junters-Zugzeugwerke in Dessau entlassen worden. Das gleiche schwere Los mußte künftig noch etwa 800 Arbeiter treffen. Von den Entlassenen sind 75 zum 31. Mai gekündigt worden, weitere 900 sollen am 30. Juni entlassen werden.

Hettstedt (Südharz). In dem zweiten Kreistage des Mansfelder Gebirgskreises vom 26. 4. fanden zwei in unsere Stadt wichtige Punkte auf der Tagesordnung: Die Eingemeindung von Burgörner und Wolmet nach Hettstedt und ein Zuschuß für die Mittelschule. Unser demokratischer Vertreter im Kreistage und im Kreiswahlschuss Dr. Donner, trat, wie das Hettstedter Tageblatt berichtet, in geschäftlicher und sachlicher Rede für die Eingemeindung ein. Er sprach über die Gemengelage, Lage des Wohnorts in Burgörner und erinnerte die Liste daran, daß doch programmäßig für die Eingemeindung sein muß. In zukünftiger Beziehung könne an die Lösung großer Aufgaben gedacht werden. Er wüßte auch die Gegengänge, das Vorkommnisse betreffend, die anderen im Parlamentarismus böser Art. Die vorgenommenen Volksabstimmungen hätten als öffentliche Mitbestimmung des Volkes im Hintergrunde und Demokratie nichts zu tun. Man solle die Sache doch nicht aus der Froschperspektive betrachten, vielmehr große Gesichtspunkte wahren lassen. Der Kreistag trug große Verantwortung für die Zukunft. Am Zusammenhange ließe Stärke, würden auch fürs erste die Nachteile fühlbar, würden dann die Vorteile lieblich. Er bat um Zustimmung. — Bei der Abstimmung blieb er leider in der Minorität, dagegen gelang es ihm durch sein warmes Eintreten für die Mittelschule, die Bewilligung eines Zuschusses von 12 000 Mark durchzusetzen. — Als Mitglied der Kreisvereine zur Auswahl der Mitglieder der Steuerkommission bestimmte siebenangehörigen Kommission konnte durch glückliche Laune manchen Vorteil für die Partei herauspöhlen.

Neue Bücher

Julius Front: Frankreich und wir. Mit einem Vorwort von Professor Walter Schilling. M. d. R. Preis 60. Verlag des „Bund der Jungen Demokratie“, Hamburg, Zufahrtstraße 9 II.

Der Verfasser gibt in der vorliegenden Broschüre, zu Prof. Walter Schilling ein überaus warmes Wort. Er schreibt hier, zunächst eine Geschichte, aber hauptsächlich die Geschichte des seitens der französischen Regierung, die es sich um Ruhe, Landfriede und geistiger Tradition entwickelt hat. Mit Recht stellt er fest, daß auch in Deutschland die Kenntnis französischer Art in vielen Kreisen der Geschichtswissenschaft eine sehr oberflächliche ist. In einem interessanten Streifzug durch die kulturellen und politischen Strömungen des heutigen Frankreichs weist er nach, wie gerade in den letzten Jahren in diesem Lande starke geistige Kräfte aufstiegen sind, die in einem unbedingten Vertrauen nach Wahrheit und Gerechtigkeit, den Grundgedanken der französischen Philosophie, eine Vereinigung der deutsch-französischen Beziehungen und darüber hinaus ein Zusammenarbeiten der beiden Völker anstreben, ohne daß diese Bewegung ihre Eigenart aufzugeben bräutchen.

Zum Schluß wird noch eindringlich auf die Gefahr hingewiesen, die dem europäischen Frieden droht und auf den Ruin, dem die Kultur und die Wissenschaften beider Völker drohen, wenn nicht die Kraft und die Weisheit der besten aller Kräfte an einer Verständigung gearbeitet wird.

Briefkasten

Quedlinburg, 40. 1. Die Ausstellung kann kommen. Es einige zuverlässige Zahlen. Es beziehen an Rent:

	Zugkraft	Zahl
Der Großherzog von Mecklenburg	390 000 M.	1 100
Der Herzog von Weiningen	495 000 M.	1 400
Die Großherzogin von Weimar	100 000 M.	280

Zu dieser Rentie kommen noch die Einkünfte aus dem meist großen Besitz. Nach einer Berechnung betragen die Fordern der Fürtzen drei Milliarden.

2. Hypotheken, die vor dem 15. Juni 1922 in Papern zurückbezahlt wurden, sind erloblich. Die noch lebenden Hypotheken können mit 15 bis 25 Prozent aufgewertet werden. Die Aufwertung soll einseitig 1922 fallen.

3. Sparkassenguthaben werden mit 12 Prozent aufgewertet. Abgebunden, die vor dem 15. Juni 1922 erloblich sind, werden nicht aufgewertet.

4. Ein pensionierter General — also auch Ludendorff — bezieht jährlich 18 000 M. oder 180 000 M.

Auto-Privat-Fahrschule

Inh.: Willi Schmidt, Magdeburg, Prälatenstraße 32

Fernruf 1122.

Fernruf 1122.



Unter Leitung des Fahrlehrers Karl Bosse (langjähriger Fahrmeister der Daimler-Motoren-Werke) gründliche Ausbildung von Kraftfahrzeugführern auf modernen Fahrzeugen in getrennten Damen-, Herren- und Berufsfahrerkursen.

Tages- und Abendkurse.

Eintritt jederzeit.

